

Beschluss des Landesausschusses am 23. November 2021

Den Markthochlauf für Wasserstoff beschleunigen

Beschluss:

Deutschland benötigt eine Rohstoffstrategie. Die Energiewende, die Digitalisierung, Elektromobilität und viele andere Innovationen führen zu einem stark steigenden Bedarf an wichtigen Metallen und Mineralen. Deutsche Unternehmen besitzen oder kontrollieren weltweit aber nahezu keine dieser Rohstoff-Vorkommen. Gleichzeitig streben einzelne Großmächte danach, globale Seerouten von ihren politischen Interessen abhängig zu machen. Die Sicherung der benötigten Rohstoffe für deutsche Unternehmen und Infrastrukturen ist nicht mehr selbstverständlich. Erheblich gestiegene Rohstoff-Preise beeinträchtigen zunehmend auch mittelständische Unternehmen.

Hamburg als größter Außenhandels-Platz Deutschlands und wichtiger Standort für die rohstoffverarbeitende Industrie hat an der gesicherten Rohstoffversorgung ein überragendes Interesse.

Die Hamburger CDU setzt sich für mehr Anstrengungen der Bundesregierung ein, die ausreichende Versorgung Deutschlands mit Metallen und Mineralen auch in Zukunft zu garantieren. Daher muss die nächste Bundesregierung binnen eines Jahres eine breit angelegte Rohstoff-Strategie erarbeiten.

Die Hamburger CDU fordert die Bundesregierung im Hinblick auf dieses Ziel auf,

- die Weiterentwicklung von Technologien für den Sekundärbergbau (Ressourcenverwertung alter Bergbauhalden und -seen) zu fördern;
- Maßnahmen zu beschließen, die die Wiederverwendung knapper Rohstoffe in Deutschland deutlich erhöhen („Kreislaufwirtschaft“), und somit eine heimische Rohstoff-Quelle zu erschließen;
- die Behinderung langfristiger Lieferverträge deutscher Industrieunternehmen und Rohstoffhändler mit überseeischen Bergbau-Produzenten zu beenden, indem das Instrument der Ungebundenen Finanzkredite (UFK) nicht länger mit überzogenen Politik-, Umwelt- und Sozialstandards überfrachtet und durch eine Politik des Nicht-Entscheidens unterlaufen wird;

- überhaupt langfristige Lieferverträge mit ausländischen Lieferanten politisch zu flankieren und durch Anreize zu fördern;
- stärker die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit dafür zu nutzen, in den kritischen Lieferländern die Einhaltung nachhaltiger, sozialer und Umwelt-Mindeststandards zu verbessern und so deutschen Unternehmen die Handelsmöglichkeiten zu erleichtern;
- steuerliche Anreize zu schaffen, um den Unternehmen selber eine erweiterte Lagerhaltung strategischer Rohstoffe zu erleichtern;
- die Forschung und Entwicklung von solchen Technologien und Fertigungsprozessen besonders zu fördern, die sparsam und optimiert knappe Rohstoffe einsetzen;
- sich politisch offen zu einer Ausweitung der heimischen Rohstoff-Förderung (Lithium; Kali- und Steinsalze; hochwertige Industriemineralien wie Quarzsande, Kaolin/Tone; Gesteine/Kies/Sand) zu bekennen;
- besondere Aufmerksamkeit auf bestimmte Schlüsselminerale wie unter anderem Lithium, Kobalt, Nickel, Platin/Palladium/Rhodium sowie Seltene Erden zu legen;
- deutsche Unternehmen zu unterstützen, die sich an Rohstoff-Vorkommen direkt beteiligen wollen;
- die deutschen Außenhandelskammern in Verbindung mit GTAI und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe/Deutsche Rohstoff-Agentur zu beauftragen, insbesondere den Mittelstand besser in die Lage zu versetzen, mit vertretbarem Aufwand den Anforderungen aus dem Lieferkettengesetz zu entsprechen;
- sich auf Grundlage der deutschen Leitlinien zum Indo-Pazifik und anderer europäischer geopolitischer und sicherheitspolitischer Positionen sichtbarer und aktiver an der weltweiten Sicherung der Seewege und der Freiheit der Meere für die Handelsschifffahrt zu beteiligen;
- hierbei mit und in der EU eng zusammenzuarbeiten.